

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.
Bezugspreis halbjährlich 65 Pfennig frei ins Haus
geliefert; durch die Post bezogen im inländischen
Verkehr monatlich 1.50 Mk. ; Einzelnummern 10 Pfg.
Südamerika Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg
Zweigst. Wildb. ; Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges.
Haberle & Co. Wildbad. ; Postkontos Stuttgart. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren
Raum im Bez. Grundpr. 15 Pfg., außert. 20 einschl.
Inf.-Steuer. Reklamezeile 40 Pfg. ; Rabatt nach Tarif.
Für Offerten u. bei Auktionserteilung werden jeweils
10 Pfg. mehr berechnet. ; Schluß der Anzeigennahme
tägl. 8 Uhr vorm. ; In Konkursfällen od. wenn gerichtl.
Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlassgewähr. weg.

Druck, Verlag u. Hauptredaktion Theodor Gads. Für den lokalen Teil verantwortlich: Karl E. Flum in Wildbad



Nummer 103

Februar 179

Mittwoch, den 5. Mai 1926

Februar 179

61. Jahrgang

Die Arbeitslosenversicherung

1.

Zu den größten sozialen Problemen des modernen Wirtschaftslebens gehört ohne Zweifel die Arbeitslosigkeit als eine Massenerscheinung. Abhängig von der ökonomischen Konjunkturbewegung, ist sie nicht mehr die Angelegenheit des einzelnen Arbeiters, der etwa durch eigenes Verschulden oder Arbeitsunfähigkeit seines Verdienstes verlustig geht. Ihre und ihrer Folgen Bekämpfung ist daher zu einer Sorge der Allgemeinheit, zu einer gesellschaftlichen und nationalen Pflicht geworden, die heute in fast allen kapitalistischen Staaten anerkannt ist. Während die kollektive Hilfe für Krankheiten, Berufsunfälle oder Invalidität der Arbeiter bereits seit Jahrzehnten im Mittelpunkt der staatlichen Sozialpolitik steht, ist die Arbeitslosenfürsorge, losgelöst von der Armenpflege, erst neuesten Datums. Nur England hatte einige Jahre vor dem Krieg den ersten Schritt zu einer staatlichen Arbeitslosenfürsorge getan, während in anderen Ländern, so auch in Deutschland, die systematische Unterstützung der Arbeitslosen eine Aufgabe der Mission oder der Berufsverbände war. Im Jahr 1879 führte der Deutsche Buchdruckerverband die erste Erwerbslosenfürsorge ein. Allmählich begannen auch größere Gemeinden, denen die Arbeitslosen in erster Linie zur Last fielen, eine weitreichende Unterstützungspolitik durchzuführen. Dabei spielte das sogenannte Genter System eine große Rolle, bei dem öffentliche Körperschaften die Unterstützung der Gewerkschaften, die sich im Rahmen bestimmter Vorschriften und unter behördlicher Kontrolle hält, durch Zuschüsse unterstützen. Dieses System ist auch heute noch für zahlreiche Länder, so Belgien, Frankreich, Schweiz, Dänemark u. a., maßgebend. In Deutschland nahm sich der Staat der Arbeitslosenunterstützung zum ersten Mal in großem Umfang in der Demobilisierungszeit an, indem er für erwerbslose und bedürftige Arbeitnehmer eine finanzielle Unterstützung, die durch Maßregeln der produktiven Fürsorge ergänzt wurde, gewährte. War dieser Beschluß auch zunächst nur für eine vorübergehende Geltungsdauer gedacht, so zwang die Not der Zeit doch bald dazu, ihn in eine langfristige Regelung überzuführen. Der Charakter der Notregelung ist allerdings den gesetzlichen Bestimmungen trotz 17maliger Änderungen aufgeprägt geblieben.

Die Nachteile dieser öffentlichen Fürsorge, die in das System der modernen Sozialpolitik wenig hineinpaßt, liegen bald dem Wunsch laut werden, eine von den Beteiligten getragene und auf der Selbstverwaltung aufgebaute Arbeitslosenfürsorge in Kraft zu setzen. Allerdings hat die Verschlechterung des Arbeitsmarktes dazu geführt, daß auch bei Ausschöpfung des von den Beteiligten zu zahlenden Höchstbetrags von 3 Prozent des Grundlohns der Staat wieder die Hauptlast der Fürsorge zu tragen hat. Während im Februar d. J. das Einkommen der Wirtschaft etwa 43,5 Millionen Mark erreichte, betrug der Gesamtumsatz 120 Millionen, so daß Reich und Länder mit je 31 und die Gemeinden mit 14,5 Millionen Mark einspringen mußten. Diese alle Voraussetzungen über den Hausen wendende Kostenverteilung dürfte auch der wichtigste Grund sein, das gegen die Einführung der geplanten Arbeitslosenfürsorge in diesem Augenblick spricht. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß bei einem Höchstbeitragsatz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer von insgesamt nur 2 Prozent des Grundlohns eine monatliche Einnahme von etwa 33 Millionen Mark erzielt wird, die zur Unterstützung von etwa 525 000 Arbeitslosen ausreicht. Nach der Unterstütztendurchschnittszahl der letzten fünf Jahre, die erheblich unter der halben Million bleibt, würde diese Berechnung durchaus genügen. Nun ist aber vielleicht noch für Jahre hinaus mit einer Arbeitslosenzahl zu rechnen, die eine Million kaum unterschreiten dürfte; Staat wie Länder wären daher auch nach Einführung der Versicherung gezwungen, fast die Hälfte der Erwerbslosen mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Da der Entwurf aber vorsieht, daß im Fall einer finanziellen Ergänzungshilfe des Staats wieder die Prüfung der Bedürftigkeit, also das wesentliche Merkmal der bestehenden Fürsorge, zur Geltung kommt, würde die Versicherung mit einer starken Lücke in Kraft treten.

Generalstreik in England

London, 4. Mai. Das Unterhaus trat gestern nachmittag zur Besprechung der Streikfrage zusammen. Bei allen Parteien war eine starke Erregung bemerkbar, aber auch der Wunsch, den Streik wenn möglich beizulegen. Erstminister Baldwin verlas das Schreiben des Königs, in dem u. a. der Wunsch zum Ausdruck kam, daß Baldwin auf den Ernst der Lage hin und erklärte, eine Besserung in der Kohlenindustrie sei nur zu erzielen, wenn ein anderer Geist bei den Beteiligten Einkehr halte und andere Organisationen gegründet werden, um die Lohnfrage zu prüfen. Er sei der Meinung, daß die Beteiligten ihren Streik ohne das Eingreifen der Regierung hätten schließen

Tagesspiegel

Reichspräsident von Hindenburg ist zum Besuch in Hamburg eingetroffen. Die Stadt und die Schiffe im Hafen sind reich besetzt.

Die Zahl der Streikenden in England wird auf 3 1/2 Millionen geschätzt. Am Streik sind beteiligt Eisenbahner, Matrosen, Handelsflieger, Kraftfahrer, Straßenbahner, Schriftsetzer, Mechaniker, Metallarbeiter, Bauarbeiter, die Arbeiter an Elektrizitäts- und Gaswerken und vor allem die Kohlenarbeiter. Die Angestellten bleiben dem Streik fern. Im Publikum greift eine Hamsterwut um sich.

Die christlichen Bergarbeiter Deutschlands haben die Unterstützung des englischen Streiks abgelehnt.

In Neuquiwales (Australien) wurden in 500 Fabriken 30—40 000 Angestellte ausgesperrt, weil sie die geforderte 44 Stundenwoche ablehnten.

Nachdem die Friedensverhandlungen in Udsscha wieder abgebrochen worden sind, stellen die Franzosen und Spanier ein Ultimatum mit den Bedingungen: Unterwerfung „unter den Sultan“, Entwaffnung, Entfernung Abd el Krims, Austausch der Gefangenen, Waffenstillstand.

Nach einer Moskauer Meldung sollen sich Tchangholin und Wupeifu über ein gemeinsames Vorgehen gegen die bolschewistische Gefahr geeinigt haben.

Der japanische Botschafter Takaki hat eine ausgedehnte Reise in Brasilien unternommen, um die Möglichkeit der japanischen Einwanderung und die Gründung großer japanischer Kolonien im Innern Brasiliens zu studieren.

Können. Die Kohlenindustrie müsse sich selbst genügen. Nach dem Borgefallenen (Bergewältigung der Presse durch die Arbeiter usw.) sei es der Regierung nicht möglich, die Verhandlungen mit ihnen fortzusetzen. Abg. Thomas (Führer der Grubenarbeiter) sagte, der Hauptausschuß der Gewerkschaften verlange nur, daß Baldwin für die Arbeitervertreter Gelegenheit schaffe, die Verhandlungen zu führen, ohne daß ständig mit der Aussperrung gedroht werde.

Auch Lloyd George hielt eine verständliche Rede. Der Dank auf die Botschaft des Königs wurde mit 308 gegen 108 Stimmen beschlossen. Das Unterhaus hat sich vertagt. Alle weiteren Verhandlungen sind gescheitert.

Die Regierung fordert in einer Bekanntmachung das Volk auf, die Bemühungen zur Sicherung einer gerechten Verteilung der Lebensmittel dadurch zu unterstützen, daß der Einkauf von großen Mengen unterlassen wird. Die Kleinhändler sollen zu einer gleichmäßigen Verteilung das ihrige beitragen.

Der kommunistische Abgeordnete Saklatvala, ein Indier, wurde wegen einer aufreizenden Rede verhaftet. Der Hydepark wurde für Volksversammlungen gesperrt.

Am 4. Mai morgens erschien nur ein kleiner Teil der Zeitungen, aber auch diese haben den Aufruf der Regierung nicht veröffentlicht, da die Seher und das Maschinenpersonal die Aufnahme verhinderten. Die Ausnahmebestimmungen von 1920 geben der Regierung außerordentliche Vollmachten wie die Beschlagnahme von Gebäuden, Land und Fabriken je nach Notwendigkeit. Eisenbahn, Kanäle, Straßenbahn, Kraftwagen, Pferde, Gas, Wasser, Elektrizität, Verteilung der Kohlen, Lebensmittel, die Preisfestsetzung usw. unterstehen der Aufsicht der Ministerien.

Der allgemeine Streik hat Mitternacht zum 4. Mai begonnen. Nach der Weilung der Streikleitung haben die Omnibusse, Untergrundbahnen die Straßenbahnen, die Eisenbahnen, der Eustien- und Waterloo Station in London den Dienst eingestellt.

Auf den Aufruf der Regierung haben sich am Sonntag und Montag in London durchschnittlich 400 Personen in der Stunde als Freiwillige zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Betriebe gemeldet. Die Untergrundbahnen konnten mit Einschränkung den Betrieb wieder aufnehmen, auch die Eisenbahngesellschaften wollen einen regelmäßigen Betrieb einrichten.

In den Hauptstraßen Londons hat sich ein unbeschreiblicher Verkehr entwickelt, da Hunderttausende neu genötigt sind, statt der Eisenbahnen, Untergrundbahnen und Straßenbahnen nun wieder die Fahrräder, Motorräder, Kraftwagen usw. zu benutzen. Auch in anderen großen Städten stockt der Verkehr.

Das Pariser Fachblatt der Industriellen „Journé Industrielle“ führt die gegenwärtige Krise in England auf die Aufwertung des Pfund Sterling zurück. Diese Währungs- politik sei zwar an sich richtig, aber nur mit schweren wirtschaftlichen Opfern durchzuführen. Ähnliche Krisen stehen auch Frankreich bevor, wenn es den Franken wieder auf einen festen Stand bringen wolle. — Das „Echo de Paris“ meint, die vorübergehende Verstaatlichung der englischen Gruben während des Kriegs habe den Grund zum Rückgang des englischen Bergbaus gelegt. Jetzt lege die Ar-

beiterklasse ihr tägliches Brot aufs Spiel. — Der Güterverkehr soll in England vorerst eingestellt werden.

Mac Donald zum Streik

London, 4. Mai. In einer Versammlung der Arbeiterpartei sagte Mac Donald, die Regierung habe mit nichtigen Vorwänden die Verhandlungen abgebrochen. Die Arbeiter müssen Geduld haben; sie können nicht gegen die Bajonette der mächtigeren Partei anrennen; man dürfe erst in Stellung gehen, wenn man mächtig genug dazu sei. Ob der gegenwärtige Kampf Erfolg habe, lasse sich nicht voraussagen, aber man müsse sein bestes tun. Vielleicht werden große Volkskreise zur Regierung stehen, weil sie Verfassung und Grundlagen des Staats durch den Streik bedroht glauben, sie werden aber nach überstandener Gefahr sich gegen die Regierung wenden und verlangen, daß sie gehe.

Der frühere Arbeitsminister Roberts (Arbeiterpartei) verurteilt in scharfen Worten den ungeschicklichen Eingriff der Londoner Buchdrucker, die das Erscheinen vieler Zeitungen oder die Veröffentlichung bestimmter Artikel verhinderten. Durch diese Bergewältigung der Pressefreiheit werde der Sache sehr geschadet und das Land gegen die Streikenden aufgebracht.

Störung des holländisch-englischen Schiffsverkehrs.

Amsterdam, 4. Mai. Die von Hoel van Holland nach Harwich (England) gehende Dampferlinie mußte wegen des englischen Generalstreiks den Verkehr einstellen.

Neue Nachrichten

Der Entseignungsantrag vom Rechtsausschuß abgelehnt

Berlin, 4. Mai. Der Rechtsausschuß des Reichstags hat den sozialdemokratisch-kommunistischen Entseignungsantrag mit 17 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Der demokratische Antrag (Enteignung bei Gewährung eines gewissen Entkommens) wurde mit 25 gegen 2 Stimmen abgelehnt, der Zentrumsantrag mit 21 gegen 6 Stimmen. Es bleibt nur noch der bereits dem Reichsrat vorliegende Gesetzentwurf der Regierung, der mit dem ursprünglichen Kompromiß fast gleichbedeutend ist.

Änderungen im Reichstagsbetrieb

Berlin, 4. Mai. Dem Vizepräsidenten des Reichstags ist vom Reichstagspräsidenten Löbe ein Vorschlag zu Änderungen in den Reichstagsarbeiten übergeben worden, über den das B.L. zu berichten weiß: Die Vollsitzungen des Reichstags sollen allgemein um 2 Uhr nachmittags beginnen und um 6 Uhr beendet werden. Dadurch soll eine regere Beteiligung der Abgeordneten herbeigeführt werden. Zu dem Bedarf sollen nach englischem Vorbild in jeder Fraktion drei „Einpeischer“ bestimmt werden, die auf die Anwesenheit der Abgeordneten zu achten haben. Das Verbot des Ablebens der Reden soll härter als bisher gehandhabt werden. Die Reihenfolge der Redner solle nicht mehr wie bisher nach der Größe der Fraktion bestimmt werden, sondern es solle immer ein Redner für und ein Redner gegen den zur Behandlung stehenden Gegenstand sprechen. Die Redezeit bei minder wichtigen Dingen solle noch weiter als bisher beschränkt werden; die einstündige Redezeit solle nur für die großen außenpolitischen Aussprachen und für grundsätzliche Fragen bestehen bleiben. Auch sollten die großen und die kleinen Parteien nicht die gleiche Redezeit erhalten. Endlich solle die Frage geprüft werden, ob nicht wie im englischen und im französischen Parlament Zwischenbemerkungen und Fragen der Abgeordneten während der Rede eines andern eingeführt werden könnten.

Der Monatsbericht der Deutschen Reichspost

Berlin, 4. Mai. Nach dem Monatsbericht der Deutschen Reichspost hat im März gegenüber dem Vormonat eine Verkehrssteigerung stattgefunden, die auf eine leichte Belebung der allgemeinen Wirtschaftslage schließen läßt. Es haben zugenommen: Der Briefverkehr um ungefähr 7 v. H., der Paketverkehr um 28,3 v. H., der Postanweisungs- und Zahlartenverkehr um 13,9 v. H. Die Oberpostdirektionen sind angewiesen, weitere Verbesserungen in der Postzustellung nach den einzelnen Wohnstätten auf dem Lande vorzunehmen. Der deutsche Luftpostverkehr ist nach einer vierteljährlichen Pause wieder aufgenommen worden. Zum ersten Male erstreckt sich der Verkehr auch auf geräumte rheinische Städte. Zunächst tritt Deutschland in den Luftpostverkehr mit England, Holland, Schweden, Dänemark, der Schweiz, der Freien Stadt Danzig, Litauen, einschließlich Memelgebiet, Rußland, Oesterreich und Ungarn. Im Verkehr mit Dänemark und Norwegen ist ein vereinfachtes Paketaustauschverfahren eingeführt worden. Die Zahl der Postfachkonten hat im März um 3458 zugenommen, sie beträgt jetzt rund 866 000, auch der Umsatz ist gestiegen. Die Guthaben sind dagegen noch weiter gesunken. Es wurden rund 2,9 Millionen Telegramme aufgegeben, gegenüber 2,3 Millionen im Februar. Die Gesamtzahl der Fernwortschellen, A.u.w. und Nebenanschlüssen ist



